



Linke Liste Wiesbaden

DIE LINKE.

Kreisverband Wiesbaden

Nein zur Plünderung des Stadthaushaltes durch „PPP“ auf dem Platz der Deutschen Einheit!

Die Elly-Heuss-Schule braucht eine neue Sporthalle. Der Volleyball-Club Wiesbaden benötigt eine Halle, die für Bundesligaspiele zugelassen ist. Für eine gemeinsame Sporthalle hatte das Stadtparlament im städtischen Haushalt 2008/2009 insgesamt 9,26 Millionen Euro vorgesehen. Bei der Verabschiedung des neuen Haushaltes 2010/2011 wurden die städtischen Mittel auf stolze 16,76 Millionen erhöht, um diese Sporthalle auf dem neu zu gestaltenden Platz der deutschen Einheit zu bauen. Wenige Monate später soll die Halle sogar 19 Millionen kosten. Das übertrifft die bereits bekannte Steigerungsrate bei Bauplanungen der CDU/GRÜNEN/FDP-Stadtregerung.

„PPP“ macht's erst richtig teuer

Jetzt wird aber alles noch durch ein geplantes „PPP“ getoppt: Anstatt selbst einen günstigen Kommunalkredit aufzunehmen und in eigener Regie zu bauen, setzen CDU und FDP auf einen Investor, der die Halle und ein damit verbundenes Geschäftshaus baut und die Halle für 30 Jahre an die Stadt vermietet. Dieses Geschäftsmodell wird „Public Private Partnership“ (PPP) genannt. Mit der Unterschrift unter den Vertrag verpflichtet sich die Stadt, jährlich 30(!) Jahre lang rund 2,5 Millionen Miete für die Sporthalle zu zahlen – im ersten Jahr sogar 4,59 Mio. € für Sporthalle und Geschäftshaus. Nach 30 Jahren hat die Stadt dann

die Möglichkeit die Halle zu erwerben durch Rückkauf des Grundstücks. Die Mietzahlungen der Stadt summieren sich in diesen 30 Jahren auf über **77 Millionen Euro**. Bei Finanzierung mit einem Kommunalkredit und Zahlungen von 2,5 Millionen pro Jahr wäre die Halle allerdings bereits in weniger als 10 Jahren abgezahlt und im Eigentum der Stadt. Das geplante „PPP“-Projekt ist also ein gigantisches Projekt zur Plünderung der Stadtkasse und damit der Steuerzahler/innen.

Hinzu kommen über 500.000 € Betriebskosten pro Jahr für die Halle (also zusätzlich über 15 Mio. in 30 Jahren), die an den „privaten Partner“, einen Investor aus Bayern, gehen. Die Wiesbadener Presse bezifferte am 25. Juni 2010 die Gesamtkosten für die Stadt (incl. Platzgestaltung um die beiden Gebäude) mit ca. **95 Millionen Euro**.

Angesichts der massiven Kürzungen bei städtischen Leistungen, Sanierungstau bei Schulen und Kindertagesstätten und einer schnell wachsenden Verschuldung ist dieses Millionen-Geschenk an private Finanziere völlig abwegig.

CDU und FDP haben es eilig mit dem „Sonderangebot“

Das Angebot des Investors gilt bis zum 31.7.2010. Die rechte Magistratsspitze um OB Dr. Müller präsentierte die Beschlussvorlage zu diesem „PPP“-



Projekt erst am 22.6.10 dem Magistrat. Schon zwei Tage später sollte das Stadtparlament beschließen. Bis zum Vortage unterlagen alle Informationen dem Geschäftsgeheimnis des Investors – nur wenige zum Schweigen Verpflichtete kannten sie, weder die Stadtverordneten noch die Bürgerinnen und Bürger. CDU und FDP erhielten im Magistrat aber nicht die erwartete Zustimmung des grünen Koalitionspartners und der SPD. Diese meldeten Beratungsbedarf an. Jetzt soll das Bauvorhaben auf einer Sondersitzung des Stadtparlaments am 22. Juli durchgepeitscht werden, indem man versucht durch „Schadensersatz“-Drohungen SPD und GRÜNE zur Zustimmung zu bewegen.

Die LINKE. Wiesbaden und die Linke Liste mit ihrer Fraktion im Stadtparlament lehnen die jetzt bekannt gewordenen Planungen für ein „PPP“ zur Bebauung des Platzes der deutschen Einheit strikt ab.

Die gigantische Verschleuderung städtischer Gelder an Private muss verhindert werden. Das wird nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger unüberhörbar ihren Protest zahlreich bekunden, um diesen Irrsinn zu stoppen.

Viele kreative Protestaktionen sind jetzt notwendig. In den nächsten Tagen werden dazu Gespräche mit anderen Personen und Organisationengeführt. Auch über die Einleitung eines Bürgerbegehrens wird nachgedacht.

**Für Montag, den 19. Juli 2010, um 17 Uhr, haben
DIE LINKE. Wiesbaden und die Linke Liste
eine Kundgebung unter dem Motto
„Gegen die Plünderung des Stadthaushaltes durch PPP“
auf dem Platz der Deutschen Einheit angemeldet.
Anschließend soll eine Demonstration durch die
Innenstadt zum Rathaus führen, wo eine weitere
Kundgebung stattfinden soll.**

Die Plünderung des städtischen Haushaltes durch einen „PPP-Beschluss“ im Stadtparlament darf nicht Wirklichkeit werden!!